

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849

28.1.1849 (No. 24)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 28. Januar.

N. 24.

1849.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einzahlungsgeld: die gepaltene Petition oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelber frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14., woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 26. Jan. (159. Sitzung.) Nach Verlesung des Protokolls stellt Wurm den Antrag, daß die einzelnen Ausschüsse über die Petitionen, die ihnen zugewiesen worden, Bericht erstatten sollten. Es wird unverweilt verhandelt. Witz von Göttingen erklärt sich gegen Wurm's Vorschlag, weil die Zeit namentlich des so wichtigen Verfassungsausschusses durch bringendere Geschäfte in Anspruch genommen sey. Wie mir scheint, geht die Absicht des Redners dahin, durch seinen Vorschlag die in immer größerer Masse eingehenden Bittschriften wider ein preussisches Kaiserthum, welche Hr. Witz keineswegs bequem findet, unbemerkt zur Seite zu schieben. Eisenstuck und Lette empfehlen dagegen Wurm's Antrag, der auch trotz der Einreden des Hrn. Beseler von der Versammlung angenommen wird.

Künigberg aus Bayern fragt an, wie es mit seinem längst eingebrachten Vorschlag stehe, daß dem Verfassungsausschuss eine Revisionskommission zur Seite gesetzt werden möge. Nach einigem Hin- und Herreden geht der Beschluß durch, Künigberg's Vorschlag baldigt zu berathen. Die Versammlung schreitet zur Tagesordnung, d. h. zu Erörterung des dem Kapitel über das Reichsoberhaupt angehängten Abschnitts vom Reichsrathe. (S. Nr. 2 der Karlsruh. Z.)

Zuerst erhält das Wort Hr. Schütz, Landsmann und Meinungsgenosse des Hrn. Biss; er spricht gegen den angenommenen Reichsrath. „Ich gebe zu, meine Herren“, sagt er, „daß die politische Schöpfung, von der es sich handelt, sehr unschuldiger Natur ist; die Wirksamkeit des Reichsraths wird sich darauf beschränken, daß er zu Frankfurt ist, trinkt, und von Politik schwätzt; gleichwohl bin ich gegen denselben, weil er unnütziges Geld kostet und weil er nur dazu dienen würde, das demokratische Element, dem die Zukunft Deutschlands und Europa's angehört, einzudämmen und in seiner naturgemäßen Entwicklung zu hemmen.“ Die weitem rothgefärbten Herzengeringungen des Redners erregen sichtlich den Widerwillen der Versammlung: die Zeiten für solche Jugendrecherer sind vorüber.

Auf Schütz folgt der alte Vater Jahn, um den Reichsrath zu empfehlen. Der Partikularismus, meint er, sey zwar im Staatenhaufe, ja auch im Reichstage, laut den zu Frankfurt gemachten Erfahrungen, hinreichend vertreten, aber in's geheim, und darin eben stecke eine Gefahr. Man müsse Vorkehr treffen, daß diese Vertretung ihre Maske ablege: hiezu diene der Reichsrath. Diplomaten seyen nichts Anderes als Spione, und zwar gefährliche, so lange sie unter der Decke spielen, nicht gefährliche dagegen, wenn man sie nöthige, offen zu sagen, was sie im Schilde führen. Der Redner tritt unter allgemeiner Heiterkeit ab.

Biß beantragt, vorerst den Artikel vom Reichsrathe zu streichen. Dieses Institut wäre gut, wenn man das Staatenhaus anders ordne und demselben die Vertretung der großen Interessen des Ackerbaues, der Gewerbe, des Handels, der Wissenschaft zuweise; bleibe aber das Staatenhaus so, wie es der vom Reichstage genehmigte Entwurf wolle, ein Kongreß von Beamten und Diplomaten, dann werde der Reichsrath ein fünftes Rad am Wagen seyn.

Welker spricht für den Entwurf des Reichsraths, weil eine solche Anstalt durch das Wesen des Bundesstaats, wie durch die geschichtlichen Verhältnisse Deutschlands gefordert werde.

Es sind noch viele Redner eingeschrieben; gleichwohl beschließt die Versammlung das Ende der allgemeinen Debatte. Als Berichterstatter des Verfassungsausschusses erhält noch Beseler das Wort, und legt ausführlich die wissenschaftlichen Gründe auseinander, warum die Kommission sich bewegen gefunden, den Reichsrath so, wie sie gethan, und nicht anders zu ordnen. Ein System des Gleichgewichts zwischen den einzelnen Gewalten der so kunstreich angelegten neuen deutschen Kaiser- und Bundesstaats-Versammlung ist es, was ihm und den übrigen Baumeistern des großen Werks als Leitstern vorschwebte.

Nun beginnt die Debatte über die einzelnen Paragraphen des Entwurfs. Schüler aus Jena tritt auf die Tribüne. Gleichwie die Ausschweifungen, welche Struve und Spießgesellen im badischen Oberlande begingen, der echten Demokratie tiefe Wunden geschlagen, so sey der Entwurf des Reichsraths geeignet, das Ansehen der Monarchie oder vielmehr der dynastischen Interessen zu schwächen. Er könne in diesem Entwurfe nichts Anderes sehen, als eine alle Grenzen überschreitende Begehrlichkeit der Bürokratie, und würde im Namen der entschieden Republikaner, denen er angehöre, dem Verfassungsausschusse von Herzen für seine Arbeit danken, wäre er dazu beauftragt.

Nachdem Schüler abgetreten, verliest Präsident Simon einen von mehreren Mitgliedern der Linken übergebenen Antrag, des Inhalts, daß der Entwurf über den Reichsrath völlig beseitigt werden möge. Diese unerwartete Motion findet überraschend große Unterstützung; zugleich wird mündliche Abstimmung verlangt. Ergebnis: 200 Ja, 211 Nein. Der Reichsrath geht also mit einer Mehrheit von nur eilt Stimmen durch.

Der Präsident verliest eine Verwahrung mehrerer Mit-

glieder, daß sie nur in der Voraussetzung, die Erblichkeit des Reichsoberhauptes werde bei der zweiten Lesung vom Hause angenommen werden, für den Reichsrath gestimmt hätten.

Sofort entsteht ein Streit darüber, ob die Debatte über die einzelnen Paragraphen fortzusetzen sey. Die Frage wird verneint und unverweilt Abstimmung beschlossen.

Der erste Satz („der Reichsrath besteht aus Bevollmächtigten der deutschen Staaten“) wird angenommen.

Der zweite Satz („jeder im Staatenhaufe vertretene Staat oder Staatenverband ernannt dazu ein Mitglied“) erhält keine entschiedene Mehrheit, weshalb mit Stimmzetteln abgestimmt werden muß. Ergebnis: 175 Ja, 220 Nein. Der Satz ist verworfen.

Nun kommt die Reihe an das Gutachten der Minderheit des Ausschusses, welche die Zahl der Mitglieder des Reichsraths auf 12 beschränkt (Oesterreich, Preußen, Bayern, Hannover, Sachsen, Württemberg, Baden ernennen sie ein Mitglied, die übrigen 5 werden durch die kleinen Staaten geschildert.) Abermals kein klares Resultat, darum neue Abstimmung durch Zettel. Ergebnis: 204 Ja, 206 Nein. Der Satz ist verworfen, und damit verliert §. 1 des Abschnitts vom Reichsrathe seinen Sinn.

Gleichwohl wird über den dritten Satz des §. 1 („die Ernennung der Mitglieder des Reichsraths geschieht durch die Regierungen der betreffenden Staaten und Staatenverbände“) ebenfalls abgestimmt; der Präsident erklärt, die Mehrheit habe für die Annahme entschieden, was einen großen Sturm hervorruft. Der Präsident beharrt auf seiner Behauptung.

Der erste Satz des §. 2 lautet: „Der Reichsrath bildet ein begutachtendes Kollegium. Derselbe tritt am Sitze der Reichsregierung zusammen. Den Vorsitz im Reichsrathe führt der Bevollmächtigte des größten deutschen Staates, dessen Regent nicht das Reichsoberhaupt ist.“ Derselbe wird angenommen.

Eben so erringen die §§. 3 bis 6 eine genügende, obwohl schwache Majorität.

Damit ist die Verathung über das Kapitel vom Reichsrathe und zugleich die erste Lesung der deutschen Reichsverfassung beendet.

Während viele Abgeordnete in der Meinung, die heutige Tagesordnung sey erschöpft, sich anschicken, den Saal zu verlassen, erklärt der Präsident, daß noch eine wichtige Verhandlung vorzunehmen sey, und verliest sofort einen Antrag des Abg. Simon von Trier, dahin gehend: Da der auf Befehl der preussischen Regierung verhaftete ehemalige Deputirte zum preussischen Landtage, Temme, kürzlich zum Mitglied des Frankfurter Reichstags erwählt worden sey, möge die hohe Versammlung gemäß dem Gesetze vom 30. Sept. v. J. die nöthigen Schritte thun, um die Freilassung des Verhafteten zu bewirken.

Der Präsident stellt erst die Frage, ob die Dringlichkeit des Antrags anerkannt werde. Die Mehrheit entscheidet in diesem Sinne.

Simon von Trier besteigt die Rednerbühne und empfiehlt seine Motion. Basser mann dagegen verlangt Aufschub, bis die bereits von der preussischen Regierung geforderten Akten eingegangen seyn würden. In gleichem Sinne spricht Beseler. Bogt aus Gießen sucht zu beweisen, daß die Versammlung ihrer eigenen Ehre schuldig sey, zu Gunsten des von der preussischen Regierung Festgehaltenen einzuschreiten.

Abermals verlangt Simon aus Trier das Wort, um die Behauptungen Bassermann's und Beseler's zu widerlegen. Temme sey am 8. Jan. gewählt worden; wäre es den rheinpreussischen Behörden ernst gewesen, zu thun, was ihres Amtes war, so hätten sie längst die Wahlsurkunde hieher schicken müssen. „Warten wir nicht länger auf die Säumigen, sondern handeln wir, wie unsere Pflicht vorschreibt.“

Reichsminister Robert Mohl erklärt sich im Sinne Beseler's: ehe die Versammlung entscheide, solle sie erst sich die Möglichkeit der Einsicht in die Akten verschaffen.

Nach ihm warnt noch Grävell vor den Gefahren der Uebereilung. Die Debatte wird geschlossen. Als Antragsteller erhält Simon von Trier das letzte Wort und versucht aus dem Wortlaute des Gesetzes vom 30. Sept. zu beweisen, daß nicht die preussische Regierung, sondern nur die Reichsversammlung befugt sey, die Freilassung des Abg. Temme anzuordnen.

Ein Vorschlag Robert Mohl's, dahin gehend: die preussische Regierung solle von Seiten des Reichs-Justizministeriums dringen um Einfindung der auf Temme bezüglichen Akten angegangen werden, erhält die Majorität.

Nach einem unfruchtbaren Streite über die nächste Tagesordnung wird die Sitzung um halb 3 Uhr geschlossen.

Deutschland.

|| Karlsruhe, 26. Jan. (79. Sitzung der Ersten Kammer am 22. Januar, unter dem Vorsitz des zweiten Vizepräsidenten, Generalleutnants v. Pasollaye.)

Die Tagesordnung führt zur Diskussion des von Staats-

rath v. Müdt. erstatteten Kommissionsberichtes über den Gesetzentwurf, die Errichtung und den Geschäftskreis der Verwaltungsbehörden betr.

Zunächst ergreift Graf v. Kageneck das Wort. Er verwarnt sich zuvörderst gegen die etwaige Annahme, als habe er bei den nachfolgenden Bemerkungen sein eigenes Interesse im Auge, indem er vielmehr nur vom allgemeinen praktischen Standpunkte aus die Frage ins Auge fasse. Die Polizeibehörden mittlerer Instanz seyen eine sehr alte Einrichtung, welcher auch die Wissenschaft das Wort rede; er könne sich von dem Bedürfnisse der Aufhebung dieser Behörden nicht überzeugen. Der Wunsch nach derselben sey wohl bei Volksversammlungen und in Petitionen ausgesprochen worden; allein in solchen seyen manche Wünsche zu Tage gekommen, deren Erfüllung nicht gut wäre. Die Sache habe aber dadurch Bedeutung erlangt, daß die Zweite Kammer eine neue Organisation der Verwaltung mit Theilnahme vollkommener Elemente verlangt habe, und die Staatsregierung durch Vorlage des Gesetzes auf dieses Verlangen eingegangen sey.

Er gebe nun gerne zu, daß die Kreisregierungen einen Theil ihres frühern Ansehens verloren haben. Als Gründe des verminderten Ansehens erkenne er einmal den Umstand, daß ihnen die Kompetenz in Steuerfachen entzogen worden sey; sodann, daß überhaupt deren Kompetenz zu beschränkt sey, indem sie in sehr vielen Dingen, welche füglich ihrer selbständigen Entscheidung anheimgegeben seyn sollten, nicht ohne vorherige Anfrage bei dem Ministerium des Innern handeln dürfen; ferner den Mangel an feststehenden Normen in manchen Administrationszweigen, z. B. im Gewerwesen, welcher zur Folge habe, daß widersprechende Verfügungen getroffen werden, welche leicht die Meinung erregen, es herrsche Willkür bei der Behörde. Ein Hauptgrund sey endlich der, daß es mit dem Vorzug der Gesetze nach unten sehr schlecht bestellt sey. Hieran tragen namentlich einige Bestimmungen der Gemeindeordnung die Schuld, indem die Bürgermeister nur auf 6 Jahre gewählt werden, die Regierung sich fast allen Einflusses auf deren Wahl begeben habe, und ihnen durch Zuteilung der Vollstreckung in Schuldsachen der Dienst unangenehm gemacht sey. So komme es, daß an den meisten Orten nur solche Bürgermeister werden, welche diesen Dienst wegen der Besoldung suchen, und die Polizei mit übermäßiger Nachsicht handhaben, um nach Ablauf der Dienstzeit wieder gewählt zu werden.

Bei der Beurtheilung des vorliegenden Entwurfs müsse man sich zwei Hauptfragen stellen. Einmal die Frage, ob die vorgeschlagene Organisation wohlfeiler sey werde. Diese beantworte er mit Nein. Wenn nach der Absicht der Zweiten Kammer 30 Kreisämter errichtet werden, so werden 180 Kreisaußschuß-Mitglieder vorhanden seyn, welchen wohl fast Allen die Tagesdiät von 2 fl. 30 kr. während der Zeit ihres Beisammensehens bewilligt werden müsse; Dies werde im Ganzen weit mehr kosten, als die Besoldungen der bisherigen Regierungsräthe. Zudem werden bedeutende Kosten für Reiseauslagen, Diäten der Beamten für auswärtige Dienstverrichtungen u. dergl. entstehen. Wenn aber selbst die Budgetposition etwas geringer werde, so werde, wenn man den Zeitverlust und die Belästigung der Bürger mit öffentlichen Geschäften, welche sie ihren Berufsbeschäftigungen entziehe, in Anschlag bringe, eine ökonomische Erleichterung der Staatsbürger gewiß nicht stattfinden.

Die zweite Frage sey die, ob die beabsichtigte Organisation besser sey werde. Er zweifle hieran. Einmal sey nach der bisherigen Erfahrung bei andern Wahlen nicht anzunehmen, daß gerade die tüchtigsten und patriotisch gefinn- testen Männer aus der Wahlurne hervorgehen werden; sodann werde eine große Verschiedenheit in den Grundfäden der Verwaltung der einzelnen Bezirke obwalten, und das Ministerium des Innern mit einer Menge von Rekursen, von speziellen Geschäften belastet werden, welche ihrer Natur nach nicht vor diese hohe Stelle gehören.

Er würde hiernach für besser halten, die Mittelstellen mit einigen Modifikationen, etwa auch mit Zuzug vollkommener Elemente, beizubehalten. Eventuell werde er den von der Kommission beantragten Verbesserungen beistimmen.

Geb. Rath v. Marschall: Der Gesetzentwurf biete reichen Stoff zu allgemeinen Betrachtungen. Er wolle sich darauf beschränken, aus der Kette seiner Betrachtungen nur die beiden entgegengesetzten Pole ins Auge zu fassen, nur denjenigen Mangel berühren, der die größten Bedenken, und denjenigen Vorzug, der die erspriechlichsten Folgen habe.

Er halte in jeder Verwaltung die Normen für Nebensache; für die Hauptsache aber, daß die Organe vollkommen tüchtig seyen. Es werde also hauptsächlich darauf ankommen, ob die in die Kreisversammlung und den Kreisaußschuß berufenen Bürger hiezu tüchtige Männer seyen, ob sie verständig, fleißig, uneigennützig, treu, von Vaterlandsliebe befeuert seyen, und dabei in solchen äußern Verhältnissen sich befinden, daß sie diesem Verufe folgen können. Er habe aber großen Zweifel darüber, daß solche Männer, welche die erwähnten Eigenschaften besitzen, die Wahl in der Kreisaußschuß annehmen werden; das Geschäft eines Kreisaußschuß-Mitgliedes sey sehr umfangreich, und werde ihm

nicht gestatten, einem andern Berufsgeschäfte nebenher eben so vollständig nachzukommen, wie wenn er jene Stelle nicht bekleidete. Die Kräfte gerade der Tüchtigsten seyen aber schon hinlänglich in anderer Weise in Anspruch genommen, und werden sich deshalb jenem Amte zu entziehen suchen; dasselbe werde dagegen von Solchen gesucht werden, welche Mäße hierzu haben, und diese seyen nicht die vorzugsweise Geeigneten. Dies sey die gefährlichste Klippe im Gesetze, welche zu umschiffen Keinem gelingen möchte.

Als den größten Vorzug erkenne er dagegen den, daß größere Landesbezirke zusammentreten zur gemeinsamen Berathung über ihre geistigen und materiellen Interessen. Als einen Mißstand habe er es stets angesehen, daß alle Unternehmungen, welche nicht die einzelnen Gemeinden vollführten, entweder vom Staat vollführt werden mußten, oder unvollführt blieben. Eine Vermittlung sey hier dringend nothwendig. Eine große Anzahl von Händen sey unbeschäftigt, und doch gebe es der wünschenswerthen Unternehmungen viele, durch welche man ihnen Beschäftigung geben könnte; es seyen viele Kulturverbesserungen möglich, viele Erleichterungen des Verkehrs nothwendig. Diese können alle ohne eigentliche Kosten ausgeführt werden, da die Arbeitskräfte vorhanden seyen, aber brach liegen und doch im Lande genährt werden. Damit aber solche Unternehmungen in größerem Maßstabe möglich seyen, dazu gehöre nothwendig, daß die Zahl der Kreise nicht zu groß sey, sondern etwa, wie die Kommission wünsche, 10 nicht übersteige.

Er halte das vorliegende Gesetz für ein Produkt der gegenwärtig herrschenden öffentlichen Meinung, welches auf die Dauer nicht ohne wesentliche Abänderungen werde bestehen können, welches aber die Keime einer künftigen bessern Organisation enthalte.

Der Berichterstatter äußert, daß vorliegende Gesetz sey ein sehr wichtiges und folgenreiches, die Gründe der Kommission für und wider seyen in deren Berichte ausführlich und ganz unbefangen ausgesprochen. Die Veränderung der Verwaltungsorganisation in der eingeschlagenen Richtung sey durch die gegenwärtigen Zeitverhältnisse geboten. Er verspreche sich von der neuen Einrichtung, vorausgesetzt, daß die Vorschläge der Kommission Berücksichtigung finden, eine vortheilhafte Wirkung. Der letzte Grund, welchen Graf v. Ragenet für die Verminderung des Ansehens der Kreisregierungen angegeben habe, scheine ihm gerade ein Grund für deren Aufhebung zu seyn, indem es ihnen oblegen hätte, für den Vollzug nach unten zu sorgen. Er glaube, daß in Folge des Bezugs bürgerlicher Elemente der Vollzug der Anordnungen in den Gemeinden in wirksamerer Weise stattfinden werde.

Staatsrath Bess erwiedert zunächst dem Grafen v. Ragenet, die Frage der Aufhebung der Kreisregierungen sey bekanntlich schon früher, ehe vom Bezug volkshämlicher Elemente, zur Verwaltung die Rede gewesen, von Mitgliedern des andern Hauses beantragt worden. Der einzige Gewinn der Aufhebung würde der gewesen seyn, daß in Besondere eine Instanz weggefallen wäre und damit Arbeitskräfte und Kosten erspart worden wären. Auf der andern Seite habe die Verwaltung in der Nähe unstrittig Vorteile vor der Zentralisation. Das Entscheidende scheine ihm die Thatsache zu seyn, ob unser Land für die Durchführung des Centralisationsystems zu groß sey, oder nicht. Er gebe zu, daß, da man früher das Provinzialsystem nicht habe aufgeben wollen, man konsequent die Kompetenz der Kreisregierungen weniger hätte beschränken sollen, als Dies nach und nach geschehen sey.

Ein neuer Gedanke sey hinzugekommen, welcher die Sachlage verändere; es sey Dies das vielfach ausgesprochene Verlangen der Beziehung volkshämlicher Elemente zur Verwaltung. Eine solche mit Beibehaltung der bisherigen Eintheilung in Kreise und Ämter einzuführen, sey nicht wohl möglich. Wollte man nur den 4 Kreisregierungen solche Elemente begeben, so würden die beigezogenen Bürger wohl ständig beschäftigt seyn, und der Charakter des volkshämlichen Elements, welcher gerade in der nur periodischen Berufung liege, würde verloren gehn. Wollte man solche nur den Ämtern begeben, so würden einmal die Bezirke zu klein werden, um den sehr hoch anzuschlagenden Vortheil, welchen Fhr. v. Marschall hervorgehoben habe, zu erreichen; sodann würden die zur Verwaltung beigezogenen Bürger in den meisten Fällen den Beteiligten zu nahe stehen, um unbefangene Urtheile zu fällen. Wollte man aber beiden Instanzen bürgerliche Elemente begeben, so wäre diese Einrichtung zu kostspielig und zu kompliziert. Er halte deshalb für das Beste, wenn, wie es der Gesetzentwurf bezwecke, zwischen der Gemeinde und der Zentralbehörde nur eine Mittelbehörde existire.

Die Frage, von welchem Umfang die Kreise seyn sollen, sey sehr wichtig; er sey in dieser Beziehung mit dem Vorschlage der Kommission, die Zahl der Kreise auf 10 zu beschränken, namentlich mit Rücksicht auf den Punkt, welchen Fhr. v. Marschall hervorgehoben habe, einverstanden.

Daß die Kreisversammlungen und Kreisräthe besser besorgen werden, als die aus geschäftswandten und geschäftswandten Männern zusammengesetzten Regierungskollegien, glaube er nicht. Aber der Hauptgrund, welcher trotzdem für die neue Einrichtung entscheidend sey, sey einmal der von Fhr. v. Marschall bezeichnete, sodann der, daß die Verwaltung durch die Beziehung bürgerlicher Elemente eine breitere, festere Grundlage erhalte, und den Anfeindungen, dem kritischen Geiste weniger ausgesetzt seyn werde.

Oberforstmeister v. Kettner äußert als seine Hauptbedenken, daß die vorgeschlagene Organisation sehr theuer seyn werde, daß man in derselben den Bürgern eine zu große Last aufbürde, und daß die Theilnahme des bürgerlichen Elements, welche er gerne zulasse, nach den vorliegenden Modalitäten gewissermaßen den Charakter einer souveränen Entscheidung annehme.

Nachdem noch Staatsrath Bess zur Entgegnung Einiges

bemerkte hat, wird zur Diskussion über die einzelnen Paragraphen übergegangen.

§. 1 wurde mit den von der Kommission beantragten Redaktionsänderungen angenommen.

Der von der Kommission zur Einschaltung beantragte §. 1, a wird in Folge abändernder Anträge des Fhrn. v. Stengel und des Hofmarschalls v. Göler in folgender Fassung angenommen:

Zur Beforgung von Geschäften der Vorbereitung und des Vollzugs der Beschlüsse des Kreisamtes oder des Kreisraths, so wie auch nach Maßgabe der Regierungsverordnungen zur Vornahme einzelner kreisamtlicher Geschäfte können auch außerhalb des Sitzes des Kreisamtes Beigeordnete des Kreisamtes bestellt werden.

Als §. 1, b wird folgender, von Fhrn. v. Stengel beantragter Zusatz aufgenommen:

Die Stelle eines Kreisrathspräsidenten oder Beigeordneten kann nur derjenige bekleiden, welcher die erforderliche wissenschaftliche Befähigung durch eine Staatsprüfung dargethan hat.

§. 3 erhält nach dem Antrag des Fhrn. v. Stengel folgende Fassung:

Jeder Kreisverband wird durch das Kreisamt, durch eine allgemeine Versammlung (Kreisversammlung), und durch einen Ausschuß desselben (Kreisrath) vertreten.

Die letzten beiden Sätze des §. 4 erhalten nach Anträgen des Staatsraths v. Rüt und des Fhrn. v. Stengel folgende Fassung:

Jeder Wahlbezirk wählt ein Mitglied zur Kreisversammlung und einen Ersatzmann.

Die Eintheilung der Wahlbezirke geschieht das erste Mal durch das Ministerium des Innern, später, wenn eine solche durch Veränderung der Einwohnerzahl nöthig wird, durch die Kreisräthe.

Zu §. 7 wird nach einem Antrage des Staatsraths v. Rüt die Bestimmung aufgenommen, daß die Wahl des Mitglieds und des Ersatzmanns in einem Wahlakte zu geschehen habe.

Die §§. 8 und 9, letzterer in etwas abgeänderter Fassung, werden angenommen, und die Sitzung hierauf geschlossen.

O. Karlsruhe, im Jan. Nr. 15 der Karlsruh. Z. enthält eine kurze Nachricht über die Standorte des in Schleswig-Holstein befindlichen badien Bataillons. Es wird jedoch den Lesern dieses Blattes nicht unwillkommen seyn, über den Gesundheitszustand unserer Landesleute in der Ferne aus zuverlässigen Quellen Näheres zu erfahren, und insbesondere zu hören, daß derselbe sehr befriedigend ist, und die Verpflegung der Kranken in den Hospitälern alles Lob verdient.

Bekanntlich marschirte das Bataillon, 800 Mann stark, am 12. September aus Schleswig in seine Quartiere nach Schleswig, und traf um die Mitte d. M. in Hensburg, Tonbern, und Hadersleben ein.

Wenn gleich die Witterung des Oktobers durch anhaltenden Regen, Wind, und Nebel, und in der Mitte d. M. durch Kälte sich auszeichnete, so war der Einfluß derselben auf die Gesundheit der Mannschaft dennoch kein nachtheiliger; der Krankenstand mäßig, der Charakter der Krankheiten gutartig, — dabei die Verpflegung in den Hospitälern sehr gut, die Kost nach süddeutschem Geschmack eingerichtet, — an Wein, so wie an allen Hospitalbedürfnissen kein Mangel, die Arzneilieferung völlig tadellos; — auch wurde jeder ärztlichen Anforderung von der Hospitalkommission baldigst entsprochen.

Am 10. und 11. Dezember verließ das Bataillon seine bisherige Stellung: 3 Kompagnien rückten in Rendsburg, eine Kompagnie in Schleswig ein.

Der Dezember brachte anhaltend heitere Tage mit scharfem Nordost, und die zweite Hälfte d. M. bedeutende Kälte: -10° bis -14° R.

Uebrigens behaupteten die Krankheiten fortwährend einen gutartigen Charakter: schwere Krankheitsfälle kamen wenige vor, — und während anderwärts typhöse Fieber häufig auftraten, blieb das Bataillon gänzlich davon verschont.

† Mastatt, 25. Jan. Auf dem heute dahier stattgehabten Fruchtmarkt wurde zu nachstehenden Durchschnittspreisen verkauft: Das Malter Korn 10 fl. 31 kr.; Weizen 10 fl. 14 kr.; Korn 6 fl. 19 kr.; Gerste 5 fl. 21 kr.; Gemischte Frucht — fl. — kr.; Weischofen 5 fl. 22 kr.; Haber 3 fl. 9 kr.

† Donaueschingen, 25. Jan. Gestern Abend gegen 8 Uhr brach hier in der Mählengasse eine Feuersbrunst aus, welche bei dem heftigen Winde sechs Häuser in Asche legte, bis man des wüthenden Elements Meister ward.

Auch der Verlust eines Menschenlebens ist zu beklagen: ein Kreis von 70–72 Jahren, welcher kränzlich zu Bette lag, verbrannte in dem Hause, wo das Feuer ausbrach; heute Vormittag wurde sein Leichnam aus dem Schutte gegraben.

Freiburg, 26. Jan. (N. Freib. Z.) Die Anklagekammer unseres Hofgerichts hat das Erkenntniß gefällt, daß Frau v. Struwe in Anklagestand zu versetzen sey. Der Gefangene, die sich in dem hiesigen Gefängniß befindet, ist dieses Erkenntniß heute Morgen eröffnet worden.

München, 21. Jan. (N. Münch. Z.) Von den drei Fraktionen des Landtags hat jede einen hervorragenden Führer. Die Rechte hat v. Abel, die Linke Willich, das Centrum v. Lerchenfeld. Das Centrum hat einen Entwurf seines Programms und seiner Statuten vorgelegt, durch deren Unterzeichnung die Mitgliedschaft erworben wird. Während die Rechte jedenfalls die volle Wahrheit des konstitutionellen Prinzips nicht will, die Linke in ihren Sprechern von Aufhebung einer durchlöchernten Verfassung, konstituierender Versammlung u. sprach, hält das Centrum fest an dem Fortbau der Verfassung auf rein konstitutionellem Boden.

Bei der Linken bilden die Rheinpfälzer die Majorität; es gehören zu ihr aber auch Deputirte aus Ober-, Unter-, und Mittelfranken. Die Rechte zählt ihre meisten Mitglie-

der aus Nieder- und Oberbayern, wie aus der Oberpfalz. Im Centrum sind die meisten Gemeindebeamten, z. B. die von Augsburg, Eichstätt, Landsberg, Amberg, Würzburg u. Die Linke zählt viele Talente, ist äußerst rüdrig und kampflustig. Das Centrum hat mehr staatsmännischen Taft und wird, wenn es sich eine entschiedene Unabhängigkeit nach rechts und links wahr, in Vielem den Ausschlag geben.

Frankfurt, 25. Jan. (D. N. A. Z.) Wir freuen uns, abermals folgende Zuschriften, welche das Reichsministerium erhalten, mittheilen zu können:

I. Schon in den ersten Tagen dieses Jahres haben Sr. k. Hoh. der Großherzog von Oldenburg, geleitet von der Ansicht, es sey unter den gegenwärtigen Umständen dringende Pflicht und Aufgabe der deutschen Fürsten, ihre Meinungen zu vereinigen und dieselben unverhohlen auszusprechen, in einem Schreiben an Sr. Maj. den König von Preußen den Wunsch und die Hoffnung ausgedrückt, daß es Höchstselben gefallen möge, der sich immer deutlicher erhebenden Stimme des deutschen Volkes und dem wahrscheinlichen Vorschlag seiner Vertreter gemäß, die oberste Leitung des neu zu gründenden Bundesstaats zu übernehmen. Der Unterzeichnete ist veranlaßt, dem Reichsministerium des Innern von diesem Schritte Sr. k. Hoh. des Großherzogs Kenntniß zu geben. Frankfurt a. M., den 24. Januar 1848. Mosk.

II. Sr. Hoh. der Herzog zu Sachsen-Meinungen, durchdrungen von dem ernsten Wunsche, daß die neue Verfassung des deutschen Vaterlandes auf dem von der Nationalversammlung bis jetzt gelegten Grunde bald und glücklich zur Vollendung komme, hat den Unterzeichneten Bevollmächtigten beauftragt, an das Reichsministerium, wie hiermit geschieht, die offene Erklärung zu richten, daß Höchstselben nur in der Uebertragung der erblichen Kaiserwürde an Sr. Maj. den König von Preußen einen das allgemeine Wohl sicher verbürgenden Abschluß des unternommenen Verfassungswerkes zu erkennen vermögen, und deshalb eine dem entsprechende Entscheidung der noch schwebenden Frage wegen Ernennung eines Reichsoberhauptes mit Freude annehmen und anerkennen würden. Frankfurt, den 21. Januar 1849. Der herzoglich sachsen-meinungliche Bevollmächtigte bei der provisorischen Zentralgewalt. Seebeck.

*** Mainz, 26. Jan.** Durchschnittspreise der in Mainz vom 20. bis zum 26. Jan. verkauften Früchte: — Weischofen, per Mtr. zu 140 Pfd., 8 fl. 10 kr. — Roggenmehl, per Mtr. zu 140 Pfd., 6 fl. — fr. — 204 Sätze zu 200 Pfd. Weizen, 8 fl. 56 kr. — 42 Sätze Korn 5 fl. 57 kr. — 81 Sätze Gerste, 5 fl. 43 kr. — 50 Sätze Hafer, 5 fl. 50 kr. Davon wurden in der Halle verkauft: 192 Sätze Weizen, 8 fl. 56 kr. — 42 Sätze Korn, 5 fl. 57 kr. — 77 Sätze Gerste, 5 fl. 43 kr. — 50 Sätze Hafer, 5 fl. 50 kr. Außerhalb derselben: 12 Sätze Weizen, 9 fl. — fr. — 4 Sätze Gerste, 5 fl. 50 kr.

Kassel, 21. Jan. (Schwäb. M.) Von Seiten des Reichs-Kriegsministeriums ist vor einigen Tagen die Verfügung bei dem hiesigen Kriegsministerium eingetroffen, daß bis 1. März 10,000 Mann kurpfälzische Truppen in mobilem Stand sich befinden sollen, um sofort den Marsch nach Schleswig anzutreten zu können.

Gotha, 20. Jan. (D. allg. Z.) Vorgestern ist unser Herzog nach Dresden gereist und wird von da nach Berlin gehen. Man legt dieser Reise politische Zwecke unter.

Es wird ein näherer Anschluß der thüringischen Staaten an das Königreich Sachsen beabsichtigt. Unter einander scheinen diese kleinen Länder nicht einig werden zu können, und wollen sich darum vielleicht einem größern Staate fügen, um in Gemeinschaft mit demselben einen ansehnlichen Reichskreis und eine respektable Streitmacht zu bilden.

Die starke Eiferucht der kleineren Staaten untereinander, und die Sonderinteressen, die sie mit kleinlicher Energie verfolgen, lassen nicht einmal die Herzogthümer Koburg und Gotha, obwohl von demselben Regentenhaufe beherrscht, einander zu einer innigern Vereinigung die Hände bieten!

Detmold, 21. Jan. (3. f. Nordb.) Vor mehreren Tagen wurden zwei Häupter der roth-republikanischen Partei in Lemgo gefangen genommen und hier festgesetzt. Mancherlei Gerüchte kreuzten sich schon damals, daß die „Rothen“ Dies nicht auf sich sitzen lassen würden. So rückten denn wirklich heute Nachmittag um 2 Uhr ungefähr 5–6 bis 600 Mann aus Lemgo und den umliegenden Dörfern in unsere Stadt, um die Gefangenen zu befreien. Als bald sandten sie eine Deputation aufs Schloß zum Fürsten, um die Freilassung auf gültlichem Wege zu erwirken. Dieser ließ aber die Abgesandten gar nicht vor sich, viel weniger gab er den Befehl zur Begnadigung, was er ohnehin als konstitutioneller Regent ohne Zuziehung der Regierung nicht konnte. Einige Bürger, die zur Ruhe reden wollten, wurden von der tobenden Menge überschrien.

Nun ward der Platz vor dem Schlosse abgesperrt, die Soldaten konfirmirt. Um 4 Uhr erschien auch die Bürgerwehr, patrouillirte in den Straßen, die am dichtesten besetzt waren, und zerstreute die Masse durch einige Bajonettsgriffe. Die Bürgerwehr wurde mit furchtbarem Toben empfangen, und der Haufe versuchte, die Schloßgitter zu erbrecen, was ihm aber nicht gelang.

Oldenburg, 22. Jan. (Weferz.) Zur Anlegung eines Kriegshafens an der Jade entwickelt unsere Regierung eine besondere Thätigkeit. Techniker und Sachverständige sind mit Vorarbeiten beschäftigt, so daß wir, da man sich auch in Frankfurt für die Sache interessirt, jedenfalls bald ein günstiges Resultat zu erwarten haben.

Altona, 22. Jan. (Schl.-holst. Z.) Wir erhalten Briefe aus dem Norden über einen Vorgang in Fohrbüllum (an der Gränze der dänischen Enklave Ballum), wo eine Abtheilung Jäger von 19 Mann als Exekutionskommando stationirt war.

Das kleine Kommando ward am 18. oder 19. Abends von einem von der dänischen Gränze herübergekommenen Trupp von mehreren Hunderten (als Landsturm bewaffnet) überfallen und genöthigt, vor der Uebermacht sich zurückzuziehen.

Blut ist nicht geflossen, da die Jäger, trotz eines Schusses,

welcher gegen das von ihnen besetzte Haus abgefeuert ward, seinen Gebrauch von dem Feuergehwehr machten, indem sie Anweisung gehabt haben sollen, auf jede Art den Beginn von Feindseligkeiten zu vermeiden. Von Hlensburg ist bereits eine Truppenabtheilung nach jener Gegend aufgebrochen und eine andere von Schleswig, um die Besatzung Hlensburgs zu komplettiren.

Berlin, 24. Jan. Mit großer Anstrengung werden die Einleitungen zu den Wahlen für die Erste Kammer getroffen. Da die beißenden hiesigen Bürger im Allgemeinen auch bei den Wahlen für die Zweite Kammer in konservativem Sinne gestimmt haben, so hofft man, daß die Erste Kammer, ihrer eigentlichen Bestimmung nach, aus stark überwiegend konservativen Elementen bestehen werde.

Einen traurigen Eindruck hat die Gleichgültigkeit vieler hiesigen Urwähler an dem entscheidenden Tage der Wahl hervorgebracht, indem in manchen Bezirken, deren Urwählerzahl nur 250 betrug, gegen 60 Urwähler gar keinen Antheil an der Wahl genommen haben. Dieser schwere Vorwurf trifft nicht nur Personen aus den untern Volksklassen, sondern auch namhafte hiesige Männer, deren Theilnahmlosigkeit an einer so hochwichtigen Angelegenheit den Unwillen ihrer Mitbürger in einem hohen Grade erregt hat, um so mehr, als ihr Nichterscheinen nur in physischer Bequemlichkeit seinen Grund haben konnte, indem sämtliche Geschäfte und Verwaltungsarbeiten an dem Tage ruhten. Die Veröffentlichung der Namen derselben würde eine wohlverdiente Strafe seyn. In vielen Bezirken ist lediglich durch diese unverantwortliche Theilnahmlosigkeit der Sieg der Gegenpartei zu gefallen, indem nicht selten eine Stimme Mehrheit entschied.

Das auffallendste Ergebnis der hiesigen Wahlen ist, daß in einem Stadtviertel außerhalb der Mauern, wo das Proletariat am dichtesten vertreten ist, die Wahl entschieden im konservativen Sinne ausgefallen ist. Ein einzelner Bürger dieses Stadtviertels, der das Vertrauen der Bezirksbewohner besitzt, soll dieses überraschende Ergebnis herbeigeführt haben. Ein schlagender Beweis mehr, daß von einer wohlgeordneten Leitung Alles abhängt, und daß das Bürgerthum sich dem Proletariat freundlich und hilfsbereit zu nähern hat, um es der verderblichen Bevormundung der Umsturzpartei zu entreißen.

Gestern Abend kamen hier unter sehr starker Bedeckung drei Wagen durch, in welchen sich schwere Verbrecher befanden, die in ein anderes Gefängnis befördert werden. Die Sache dürfte das Gebiet der Politik nicht berühren. Das hier verbreitete Gerücht, daß man mehreren mit Pulver beladenen Wagen auf die Spur gekommen sey und dieselben unter starker Bedeckung nach Spandau gebracht habe, möchte wohl seinen Grund in dem oben bezeichneten Transport haben.

Berlin, 24. Jan. So weit die Nachrichten aus den Provinzen eingelaufen sind, wird unsere gestrige Vermuthung, daß die Wahlen im Lande weit überwiegend demokratisch ausgefallen sind, bestätigt. Welche Mittel zur Erreichung dieses Zieles mitunter angewendet seyn mögen oder wirklich sind, können wir durch einige Vorkommnisse in Berlin klar machen.

So haben hier zwei demokratisch gesinnte Hausbesitzer, der eine in der Prenzlauer, der andere in der Stallschreiberstraße, die vom Magistrat (Gemeinderath) zur Einzeichnung der Urwähler herungeschickten Listen, ohne sie ihren konservativen Miethern zur Eintragung des Namens zugestellt zu haben, bloß mit dem eigenen Namen ausgefüllt an den Magistrat zurückgelassen, so daß die zahlreichen Miether, unter denen einige vierzig wohlberühmte Personen sich befanden, keine Einladungszettel zum Wahlakt erhielten. Die spätere Reklamation blieb erfolglos.

In einem Wahlbezirk hatten die Demokraten einen in einem andern Bezirk sesshaften als Wahlmann auf die Liste gesetzt, und wußten ihn auch trotz der Protestation des Wahlkommissars und der Konservativen als Urwähler in die Wahlversammlung zu bringen, weil die ruheliebenden Konservativen — den öffentlichen Skandal einer Prügelei fürchteten.

Andererseits hat die Ungeschicklichkeit der Aristokratie auch manchen Wahlkörper für die Gegenseite gestimmt. So stieß in einer Wahlversammlung kurz vor Beginn der Handlung ein sehr vornehmer Mann zu einem Freunde die Worte fallen: „Es ist zu viel Kanaille hier, als daß Etwas für gute Wahlen zu hoffen wäre!“ Wie ein Lauffeuer durchslog das auch von Andern erlauschte Wort die ganze Versammlung, und natürlich war an einen konservativen Wahlmann nicht mehr zu denken.

Einzelne Wahlliste, z. B. im Schützenhause für einen Theil der Linienstraße, dauerten bis tief in die Nacht hinein; Abends um 6 Uhr hatte man von der sechs zu Wählenden erst zwei gewählt. Bei andern ging es so tumultuarisch zu, daß sie unterbrochen werden mußten oder militärische Ruhehüften nötig wurden. Das Drolligste aber ist wohl, daß nach Vollendung der Wahlhandlung eines Bezirks (wenn wir nicht irren, Mauerstraße) zwei eben gewählte Wahlmänner entgegengesetzter politischer Meinung beim Nachhausegehen in so heftigen Wortwechsel geriethen, daß derselbe in einen Faustkampf ausartete, und ihre Wähler umkehren und zu einer Neuwahl schreiten wollten.

Doch genug des Skandalösen, dessen wir leicht nach beiden Seiten hin noch mehr mittheilen könnten. Das Obige wird genügen, um ein Bild von dem Wahlkampf zu geben.

Die nun bei den Konservativen eingetretene Niedergeschlagenheit (fast möchten wir sagen, Angst und Trauer) ist wo möglich noch größer, als es ihre siegräumende Zuversicht vor den Wahlen war. Wie wir die Zuversicht weder bereisen noch billigen konnten, eben so wenig vermögen wir die heutige Niedergeschlagenheit und Muthlosigkeit zu theilen. Einmal ist ein Wahlmann noch immer kein Abgeordneter, und dann, wenn wir uns die Liste der hiesigen sogenannten demokratischen Wahlmänner etwas genauer an-

sehen, so finden wir sehr wenige demokratische Ultra's unter denselben, und mancher gewichtige Name, z. B. der Waldeck's, fehlt. Weiter ist zu bedenken, daß die Gewählten eben Bürger Berlins sind, d. h. Männer, die einen nochmaligen Umsturz des Bestehenden nicht wollen können, weil sie den Vermuthskelch der ersten Umwälzung noch nicht ausgekostet haben, und die also gewiß keine Deputirten in die Zweite Kammer senden werden, von denen sie die Ueberzeugung haben, daß sie das Wohl des Landes entweder auf die lange Bank schieben oder ihren Minister- und sonstigen Gelüsten unterordnen werden.

Eine Einigung jener Konservativen, welche mit aufrichtigem Herzen die Freiheit eben so eifrig als die Geseßlichkeit und Ordnung anstreben, mit dem besonnenem, der Ueberstürzung fremden Theile der Demokratie darf als gewiß bevorstehend angenommen werden, weil das Heil Preußens, das Heil Deutschlands diese Vereinigung erheischt, und weil beide Parteien doch nichts Anderes als Das wollen können.

Schwer zu beklagen wäre, wenn es den wenigen Nothen gelingen sollte, die gemäßigten Demokraten mit ihrem trügerischen Gewebe zu befriden; eben so sehr, wenn die Reaktion sich jener Konservativen bemächtigen könnte, welche als die eigentliche Stütze eines Verfassungsstaates zu betrachten sind.

Gott möge Beides verhüten und die Einigung der Besonnenen begünstigen!

Wien, 20. Jan. (Gr. Z.) Vorgestern fand in Preßburg die Vollziehung des ersten standrechtlichen Urtheiles durch Pulver und Blei an einem jungen Menschen, dem Sohne eines Eisenbeders, statt.

Nachrichten aus Siebenbürgen erwähnen fortwährend schrecklicher Greuelthaten, welche die ungarischen Rebellen daselbst verüben. Der wilde Trieb der Wuth soll einen so unerhörten Grad erreicht haben, daß der Name Barbarei denselben nicht mehr genügend bezeichnet. In einem Gefechte bei Dees haben die Rebellen alle gefangenen Kroaten in die Mörser geschoben und sie ihren Landsleuten entgegen geschossen. Diese empörende Veleidigung der Menschheit nennen die Magyaren einen Kampf der Freiheit!

Wien, 21. Jan. (A. Abendz.) Daniel Christian Dreßler, Souffleur am Theater zu Preßburg, wurde vorgestern wegen thätiger Theilnahme an der Rebellion kriegsrechtlich zu Preßburg erschossen.

Wien, 23. Jan. (Allg. Z.) Die neuesten Nachrichten melden, daß Kossuth mit seinem Anhang und Gefolge sich noch in Debreczin befindet. Zugleich ist die Nachricht eingetroffen, daß die kleine Festung Leopoldstadt (zwischen Tynau und Neutra) vom Feldmarschall-Leutnant Simonich beschossen und der dortige Kommandant, weil er kapituliren wollte, von den Magyaren ans Thor der Festung genagelt worden ist.

Auf diese Weise hätte der Baron Bayer, auch unter dem Schriftstellernamen Rupertus bekannt, seinen Magyarisimus schwer gebüßt; denn er war es, der in jener Festung das Kommando führte, und früher auf die wiederholte Aufforderung zur Uebergabe geschworen hatte, sich eher unter den Trümmern zu begraben, als die Thore zu öffnen.

Wien, 23. Jan. Die Nachricht von der Auflösung der ungarischen Arme, die im 17. Armeebericht beiläufig zwischen andern an Wichtigkeit sehr nächstehenden Nachrichten mitgeteilt wird, bestätigt sich, so wie daß Pazmany zu diesem Behufe aus Debreczin in Pesth angekommen ist.

Gestern ist ein wegen Desertion, Diebstahls, und Theilnahme an bewaffnetem Aufruhr verurtheilter Soldat von Deutschmeister-Infanterie erschossen worden.

Nach Triest ist Weisung ergangen, auf Fluchtversuche Kossuth's, seiner Gattin, und sechs anderer Rebellenführer Acht zu haben.

In Klausenburg herrscht wieder das magyarische Schreckenssystem. Der polnische General Bem, welcher eine Proklamation des Inhalts erlassen hat, daß er die Ruhe und den Frieden in Siebenbürgen herzustellen gekommen sey, hat einen seltsamen Beweis dafür geliefert, indem er 17 Individuen aufknüpfen ließ.

Schweiz.

Basel. (Cdg. Z.) Inmmerwährende Reibungen. Letzten Sonntag geriethen drei Mann der hiesigen Stabeskompanie in Vörrach in Streit; sie machten von ihren Säbeln Gebrauch, mußten aber der Uebermacht erliegen und wurden so zugerichtet, daß der eine von ihnen in Vörrach liegen bleiben mußte.

Der nähere Hergang dieses Vorfalles ist zwar noch nicht ausgemittelt; so viel ist aber gewiß, daß dem hiesigen Militär verboten war, das badische Gebiet zu betreten. Den ersten Anlaß zu der Rauferei gab daher das Ueberschreiten dieses Verbotes.

Frankreich.

Paris, 24. Jan. Da der hiesigen Tagespresse der Stoff ausgehen anfängt, so kommt sie wieder auf Gerüchte von Ministerkrisen zurück. Es ist dies eine alte Regel: so oft unsere Zeitungen ihren Lesern keine interessante Nachricht aufzutischen haben, so erinnern sie geschwind eine Kabinettsänderung, welche, mag sie gegründet seyn oder nicht, immerhin einen gewissen Eindruck hervorbringt. Eine parlamentarische Notabilität, welche vorgestern mit dem Präsidenten der Republik eine zweistündige Konferenz hatte, theuert mir, aus dem Munde des Präsidenten der Republik selbst die Versicherung erhalten zu haben, daß weder Ludwig Napoleon noch seine Minister daran denken, sich von einander zu trennen. Ich glaube keinen bessern Gewährsmann anzuführen zu können, um die oben erwähnten Gerüchte auf ihr Nichts zurückzuführen.

Nicht besser steht es mit der angeblichen Einsprache des Königs von Sardinien, der nach dem National und dem Constitutionnel jede fremde, wenn auch bloß diplomatische

Einmischung in die römischen Angelegenheiten zurückgewiesen haben und sich als den ausschließlichen Beschützer des h. Stuhles betrachten soll. Zuverlässig wiederhole ich, daß Frankreich und Spanien nur auf ausdrückliches Verlangen von Pius IX. in Rom zu interveniren gedanken, obwohl sie für jeden möglichen Fall eine achtunggebietende Seemacht zum Schutze des Papstes in Gaeta und Civita vecchia zusammenziehen werden. Was die angebliche Annäherung des Königs Karl Albert anbelangt, sich als alleinigen Schiedsrichter von Italien zu begeben, so steht ihr schon die einfache Thatsache entgegen, daß Frankreich, Oesterreich, Spanien, und Portugal das Recht haben, bei der Erwählung des Papstes ein Veto einzulegen, und daß sie folglich auch vor andern Staaten, selbst italienischen, eine Befugniß haben, darüber zu wachen, daß der unter ihrer Obhut erwählte Pabst auf seinem Thron aufrecht erhalten werde.

Im Gegensatz zu den Angaben des National und des Constitutionnel erfahre ich aus sicherer Quelle, daß der Pabst gerade die Vermittlung Karl Albert's abgelehnt hat, weil er in das dermalige sardinische Ministerium (Gioberti) kein Vertrauen setzt. Es ist kein Geheimniß, daß Gioberti mit den römischen Bummelern unter der Decke spielt. Pius IX. der Dies sehr wohl weiß, mag sich an den alten Spruch: „Timeo Danaos et dona ferentes“ erinnern haben, und weigerte sich deshalb, den Gesandten des Königs von Sardinien, den Grafen Marini, welcher von Gioberti nach Gaeta geschickt wurde, um dem h. Vater die Vermittlung des Turiner Hofes anzutragen, anders denn als bloßen Privatmann zur Audienz zuzulassen.

Während der Pabst so viel als möglich vermeiden will, mit Hilfe fremder Truppen wieder in seine Hauptstadt einzuziehen, hat er den General Zucchi ermächtigt, eine Proklamation an sämtliche päpstliche Truppen zu erlassen, worin er letztere auffordert, der revolutionären Regierung in Rom den Gehorsam zu verweigern, und sich um die Fahne Pius IX. zu schaaren. Man sieht diesen Aufruf als das Zeichen einer bevorstehenden Schilderhebung zu Gunsten des Papstes in den Provinzen an, da der h. Vater nur mit Hilfe der gemäßigten Partei, deren Reihen sich täglich verstärken, seine treulosen Unterthanen zu überwinden wünscht.

Paris, 25. Jan. Der heutige Moniteur bringt wieder eine neue Liste von Präfekten und Unterpräfekten, welche größtentheils Beamte unter dem alten System waren. Unter den Präfekten bemerkt man Hrn. Rossi, Sohn des zu Rom ermordeten Ministers.

Der Moniteur enthält ferner ein Dekret der Regierung, wodurch die mobile Nationalgarde vom 1. Februar an auf 12 Bataillone vermindert und außerdem neu organisiert wird. Namentlich wird die Wahlberechtigung derselben bei der Ernennung der Offiziere und Unteroffiziere eingeschränkt. Das Gerücht von einem Drohbrieft des Prinzen von Canino an den Präsidenten der Republik wird heute halbamtlich für ein Märchen erklärt.

Bermischte Nachrichten.

Schweizerische Blätter schreiben: Im Großen Rathe von Bern wurde ein Antrag auf Herabsetzung der Tagelder der Mitglieder des Großen Rathes mit 69 gegen 65 Stimmen für „nicht erbedlich“ erklärt (d. h. gar nicht zur Berathung zugelassen). Sodann beschloß der Große Rath mit 80 gegen 42 Stimmen, das Anerbieten der Mitglieder des Regierungsrathes, ihre Besoldungen um 500 Franken herabzusetzen, nicht anzunehmen.

Nach dem Würzburger Abendblatte beträgt gegenwärtig der Effectivstand des bayerischen Heeres: a) Linieninfanterie, 16 Regimenter, 48,800 Mann; b) leichte Infanterie, 4 Bataillone Jäger, 5,420 Mann; c) Reiterei, 6 Regimenter Chevaulegers, 5,205 Mann; d) 2 Regimenter Kürassiere, 17,36 Mann; e) Unionartillerie, 2 Regimenter, 4,780 Mann; f) ein reitendes Artillerieregiment, 800 Mann; g) ein Genieregiment, 1,000 Mann; zusammen 67,544 Mann, welche jeden Augenblick ins Feld rücken können. Bei einer Bevölkerung von 4 1/2 Millionen beträgt Dies ungefähr 1 1/2 %; bei der von der Reichsversammlung angeforderten Stellung des Heeres mit 2 % läme die Armee auf 1,013,16 Mann. (So rechnet das Würzburger Abendblatt; ein Contingent von 101,000 Mann als 2 % der Bevölkerung würde aber eine Einwohnerzahl von mehr als 5 Millionen voraussetzen, während die angegebenen 4 1/2 Millionen nach Adam Ries 90,000 Mann ergeben.)

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

Am 9., 10. Januar.	Abends 9 U.	Morg. 7 U.	Mitt. 2 U.
Lufdruck red. auf 10° R.	27°7.0	27°5.9	27°3.6
Temperatur nach Reaumur	-3.7	-2.8	0.3
Feuchtigkeit nach Prozenten	0.88	0.86	0.89
Wind und Stärke (4=Sturm)	NO	NO	NO
Bewölkung nach Zehnteln	1.0	1.0	1.0
Niederschlag Par. Kub. Zoll	63.5
Verdunstung Par. Zoll Höhe
Dunstdruck Par. Lin.	1.3	1.4	1.9
9. Januar.	trüb,	tüb,	trüb,
Therm. min. -4.2	vorher	Schnee.	Regelregen,
" max. -1.2	Schnee.		vorher
" med. -3.0			gefr. Regen.

Am 10., 11. Januar.	Abends 9 U.	Morg. 7 U.	Mitt. 2 U.
Lufdruck red. auf 10° R.	27°1.9	27°3.7	27°3.2
Temperatur nach Reaumur	1.4	2.1	3.8
Feuchtigkeit nach Prozenten	0.95	0.89	0.72
Wind und Stärke (4=Sturm)	NO	NO	NO
Bewölkung nach Zehnteln	1.0	0.8	0.8
Niederschlag Par. Kub. Zoll	10.0	21.8	...
Verdunstung Par. Zoll Höhe
Dunstdruck Par. Lin.	1.9	2.2	2.0
10. Januar.	trüb, Regen,	durchbrochen	trüb,
Therm. min. -2.8	tropfen.	trüb.	vorher
" max. 1.4			untb. heiter.
" med. -0.4			

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Wieser.

